

# Unsere Abstimmungsempfehlungen:

## Energie- statt Mehrwertsteuer

### Konsumentenverhalten falsch interpretiert

Die Grünliberale Partei (GLP) will die MwSt. zu Lasten einer Energiesteuer abschaffen. Sie möchte die nicht erneuerbaren Energien besteuern damit die erneuerbaren Energien attraktiver werden. Das klingt doch alles schön und gut (?). Was die GLP jedoch ausser Acht lässt, ist die Tatsache, dass der Stimmbürger den 8% Rabatt mit dem Wegfall der MwSt. nicht direkt wahrnimmt, jedoch mit Entsetzen den Preisaufschlag von CHF 1.20 an der Tanksäule feststellt. 22 Milliarden Franken müsste die neue Steuer jährlich einbringen um die MwSt. zu kompensieren. Die

GLP geht davon aus, dass sich der Benzinverbrauch höchstens um 3% reduzieren wird (Aussage NR Roland Fischer). Ich bin der Meinung, dass diese Partei diesbezüglich sehr im Irrtum ist. Bei einem Anstieg des Benzinpreises um CHF 1.20 dürften die Tankstellenshops an den Grenzkantonen wohl ihre Zapfsäulen versiegeln müssen. Das grenzüberschreitende Benzinshopping wäre voll im Trend – die Nachbarländer werden es uns danken. Auch der Konsum von Gas und Atomstrom wird sich reduzieren. Damit müsste die neue Steuer immer höher ausfallen, der Benzinpreis noch teurer werden. Diese GLP Initiative wird zum Hund der seinen Schwanz jagt. Entweder machen wir uns dann mit der Tatsache vertraut, dass diese neue Steuer den MwSt.-Ausfall nie kompensieren wird und

damit eventuell andere Steuern erhöht werden oder, dass wir in Zukunft mit beängstigend hohen Strom- und vor allem Benzinpreisen leben müssten. Diese Initiative, so gut sie auch gemeint ist, wird den Konsum nicht erhöhen, sondern der Wirtschaft unter dem Strich schaden, weil sie gezwungen wird für einen Teil ihres Energiebedarfs die hohen Steuern für herkömmliche Energiequellen zu bezahlen. (MAS)

### Die SVP Meggen empfiehlt ihnen deshalb ein

zur Energie- **NEIN**  
statt Mehrwertsteuer-  
Initiative

## Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen

### Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei

Kurz und bündig: Der Titelsatz soll in die Verfassung! Und das zu Recht! Heute bestehen merkwürdige Verhältnisse: Der Arbeitgeber bezahlt die Kinder- und Ausbildungszulagen, welche die Familien mit Kindern versteuern müssen, was bewirkt, dass ein Gutteil der Zulagen vom Arbeitgeber via Steuern der Eltern an den Staat weiter wandert, der dadurch quasi in den Genuss einer zweiten Unternehmenssteuer kommt. Trotzdem beklagt er sich, die Steuerbefreiung der Kinder- und Bildungszulagen würde ihm Ausfälle von weit über einer Milliarde Schweizer Franken kosten – was allerdings zur Geldmenge gehörte, die der Arbeitgeber den Familien mit Kindern zukommen lässt, und die den Familien jetzt fehlt.

Einige wenden ein, nur reiche Familien würden profitieren, eine Behauptung, die fehlschlägt: Die Steuererleichterung ist für die grösste Klasse des Mittelstandes

gedacht, welche 56% aller Familien mit Kindern umfasst, während die wohlhabenden Familien lediglich 6% ausmachen. Für das gute Drittel einkommensschwacher Familien gibt es bereits zahlreiche wirksame ausserfiskalische Entlastungen.

Wenn der Bundesrat dafürhält, die Beibehaltung der Steuerbarkeit sei «sachgerecht», so vertritt er damit keinen politischen, sondern rechtlichen Standpunkt, der in letzter Absicht darauf hinzielen würde, sämtliche Familienbeihilfen aus dem Steuerrecht herauszunehmen. Mit diesem Gedanken spielte er zumindest, als er am 15. Februar 2012 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gab, welche die Folgen eines Übergangs zum Prinzip der Besteuerung nach der objektiven Leistungsfähigkeit abschätzen sollte; dabei würden die Kinderabzüge gestrichen, und im Gegenzug würde die Einführung eines steuerfreien staatlichen Kindergelds geprüft werden. Infolgedessen gäbe es keinen Platz mehr für kinderrelevante steuerliche Abzüge, was einer Wertung

gleichkäme, die wiederum wesentlich durch fiskalische Interessen gesteuert wäre. Kein Wunder sieht der Bundesrat heute in diesem Zusammenhang keinen Handlungsbedarf für eine Steuerbefreiung.

Des Weiteren halten wir nach wie vor dafür, dass die Obrigkeit keinen besonderen Familientyp bevorzugen und fördern sollte, denn das käme einer engen sozialpolitischen Perspektive gleich sowie einer Gängelung des Souveräns. Gesellschaftspolitisch tut namentlich aus demografischer Sicht die Förderung des Kinderreichtums mit optimalen Bildungschancen not, ohne dass aber fremd- und eigenbetreuende Eltern polarisiert und gegeneinander ausgespielt werden müssen. Beide Wege sind in einem freien Land valable Lebensformen und verdienen eine Gleichbehandlung. (ERB)

### Die SVP Meggen empfiehlt ihnen deshalb ein

zur Familien-Initiative **JA**

#### IMPRESSUM svp@meggen

Auflage: 4000 Exemplare

#### Herausgeberin und Anzeigenverwaltung:

SVP Ortspartei Meggen

Rüeggswilrain 9

6045 Meggen

Tel. 078 804 07 07

info@svpmeggen.ch, www.svpmeggen.ch

#### Redaktion:

Reto Frank

Martin Siegenthaler

Erich Bär

Max Buholzer

Lambert von Rothen

Gestaltung: erni medien GmbH

Erscheinung: sporadisch

REF

MAS

ERB

MAB

LAR

#### Bankverbindung:

Postkonto: 60-449061-6

Einzahlung für:

SVP Ortspartei Meggen

6045 Meggen

2. Ausgabe:

Februar 2015



# svp@meggen

unabhängig und engagiert

**Politik mit Schwerpunktthemen**



## Politiker und ihre Versprechen!

Politiker vor den Wahlen geben ihren Wählerinnen und Wählern ab und an leichtfertig Versprechen ab, während sie nicht wahrnehmen, dass sie nach den Wahlen im Amt an der Erfüllung eben dieser Versprechen gemessen werden, in gleichem Maße, wie ihre faktische Amtstätigkeit beurteilt wird. Versprechen im übergeordneten Sinne sind wichtig und zeigen klar auf, wohin Politiker gehen und welche Schwerpunkte sie setzen. Sind sie auf eine konkrete Handlung bezogen, so könnte es problematisch werden. Wer dann an seinen Versprechen zu stark festhält, kann nach genaueren Erkenntnissen oder nach veränderter Lage seine Ziele nur schwer oder gar nicht korrigieren. Wichtig ist jedoch, dass Politiker ihren Grundsätzen treu bleiben, aber wenn nötig Ziele korrigieren können und sollen, damit die Aufgaben sachgerecht erledigt und allenfalls sinnvolle Kompromisse gefunden werden. Solange es im Interesse der Bevölkerung ist, wird dies vom Souverän sicherlich akzeptiert. Dienen sie jedoch Partikularinter-

sen, so stehen die Glaubwürdigkeit des Politikers und die seiner Politik auf dem Spiel.

Es kann wohl kaum ein vernünftiger Grund gefunden werden, um eine versprochene Urnenabstimmung nicht durchzuführen. Sie ist für Geschäfte ausserhalb des Kompetenzbereichs der gewählten Gemeinderäte vorgeschrieben. Sie eignet sich meines Erachtens aber auch für Befragungen des Souveräns bei emotional beladenen Geschäften. Es muss heutzutage die Frage gestellt werden, ob die Gemeindeversammlung noch das richtige Gefäss ist. Bei einer durchschnittlich besuchten Gemeindeversammlung mit etwa 120 Personen, entspricht dies 2.5% der stimmberechtigten Bevölkerung in Meggen. Wie das Beispiel der letzten Gemeindeversammlung eindrücklich zeigte, lag einer Präsenz von über 500 Personen eine vielschichtige Mobilisierung zur Durchsetzung von Partikularinteressen zu Grunde. Obschon dies einer Stimmbeteiligung von über 11% entspricht, ist die Repräsentativität an Gemeindeversammlungen

nicht gewährleistet. Am besten holt man wohl die Meinung der Bürgerinnen und Bürger in den allermeisten Fällen mit einer Urnenabstimmung ab. So liessen sich alle Pro- und Kontra-Argumente in Ruhe analysieren, um zu einem ausgereiften Entscheid zu gelangen. Die Möglichkeit des Urnenganges wäre ein massgebender Schritt zur Stärkung des Vertrauens in die Gewählten und in deren Politik.

Namens der SVP Meggen kandidiere ich als Kantonsrat und verspreche Ihnen, dass ich mich für die Interessen und das Wohl der Megger Bevölkerung im Kontext des Kantons Luzern sowie für das Gewerbe im Allgemeinen einsetzen werde. Ich strebe einen hohen Beschäftigungsgrad und tiefe Regulierungs- und Bürokratiekosten an. Ich bringe mich ein für hohe Qualität in der Berufs- und Weiterbildung und fördere Massnahmen zur Begünstigung von stetiger Aus- und Weiterbildung. Ich setze auf Schweizer Werte, sie gewähren Wohlstand, gesellschaftlichen Frieden, Sicherheit in Freiheit und Neutralität.

Darauf können Sie sich verlassen, ihr Reto Frank.

Lernen Sie Reto Frank kennen:

**Meggen (Dorfplatz Zentrum)**  
07., 14. und 21. März 2015  
Jeweils von 09:00 – 12:00 Uhr

**Adligenswil (Im Zentrum)**  
28. Februar 2015, von 09:00 – 12:00 Uhr

**Kriens (Sankt Gallus-Platz)**  
7. und 14. März 2015  
Jeweils von 13:00 – 16:00 Uhr

**Horw (Dorfplatz)**  
28. Februar und 21. März 2015  
Jeweils von 13:00 – 16:00 Uhr

## EDITORIAL

**Sehr geehrte Meggerinnen,  
Sehr geehrte Megger**

Wir wünschen Ihnen alles Gute im neuen Jahr, viel Glück, Erfolg und Gesundheit.

2015 stehen wir in einem Wahljahr. Im Frühling die Kantons- und Regierungsratswahlen und im Herbst die National- und Ständeratswahlen. Insgesamt werden Sie in diesem Jahr voraussichtlich sechsmal an die Urne gerufen. Wir haben diese Ausgabe des SVP Info-Letters 1.15 den kommenden kantonalen Wahlen vom 29. März 2015 sowie den Abstimmungsthemen vom 08. März 2015 gewidmet. Die SVP des Kantons Luzern will mit Regierungsratskandidat Paul Winiker die Luzerner Regierung in bürgerlicher Richtung stärken. Mit ihm stellen wir eine bekannte, über die Parteigrenzen hinaus geschätzte und in Politik

und Wirtschaft bewährte Persönlichkeit. Ebenso stellt sich die SVP Meggen bereit für die Kantonsratswahlen. Dazu wurde Reto Frank anlässlich der Ortspartei internen wie auch der ausserordentlichen Versammlung der SVP Luzern Land vom 3. Dezember 2014 nominiert. Im Rahmen der Nominationsfeier des Wahlkreises Luzern Land in Meggen vom 14. Januar 2015 mit Nationalrat und Fraktionschef der SVP Schweiz, Adrian Amstutz, hatten wir Gelegenheit von Reto Frank als Kantonsratskandidat Antworten auf Fragen zu seiner Politik in einem Interview zu brisanten Themen zu erhalten. Wir empfehlen Ihnen die Fragen von Adrian Amstutz und die Antworten von Reto Frank auf Seite 2 und 3 zu beachten. Erfahren Sie so die Inhalte des politischen Gedankenguts ihres Vertreters



aus Meggen für den Luzernischen Kantonsrat in der neuen Legislatur 2015–2019: Sorgsamer Umgang mit Föderalismus, Hochhaltung der Gewerbefreiheit sowie aufbauende Rahmenbedingungen für die Berufs- und Weiterbildung setzen die Schwerpunkte seiner bürgerlichen Politik. Mit Ihrer Wahl prägen Sie die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Richtung des Kantons Luzern und bestimmen so dessen Entwicklung. Wir zählen auf Sie, setzen Sie Reto Frank 2x auf ihre Liste.

Der Vorstand der SVP Meggen

# SVP Fraktionschef Adrian Amstutz interviewt den Kantonsratskandidat und Präsident der SVP Meggen



SVP Nationalrat und Fraktionschef der SVP Schweiz Adrian Amstutz lernt die SVP Kantonsratskandidaten vom Wahlkreis Luzern Land anlässlich der Nominationsfeier vom 14. Januar 2015 in Meggen persönlich kennen und befragte Reto Frank zu seinen politischen Zielen.

**A. Amstutz: Herr Frank, Sie kandidieren für den Kantonsrat. Welches sind ihre politischen Ziele?**

**R. Frank:** Ich setze mich für die Senkung der staatlichen Regulierungs- und Bürokratiekosten zu Gunsten des Gewerbes ein. Im Kanton Luzern sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, dafür müssen weiterhin gute Rahmenbedingungen für Unternehmen entwickelt werden. Ich beschäftige mich auch mit der Zielsetzung für eine hohe Qualität in der Berufs- und Weiterbildung. Im Weiteren ist mir die Bewahrung der Schweizer Werte sehr wichtig.

**«Ich setze mich für die Senkung der staatlichen Regulierungs- und Bürokratiekosten zu Gunsten des Gewerbes ein. Im Kanton Luzern sollen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, dafür müssen weiterhin gute Rahmenbedingungen für Unternehmen entwickelt werden.»**



**A. Amstutz: Welche Prioritäten setzen Sie in ihrer Politik, um die Regulierungs- und Bürokratiekosten für Unternehmen zu senken?**

**R. Frank:** Einige Regulierungen können vereinfacht, optimiert und automatisiert werden, so dass die Regulierungskosten teils entscheidend gesenkt werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und den Behörden soll vereinfacht und auf das Wesentliche reduziert werden. So ist beispielsweise der Statistikaufwand zu halbieren und bereits erhobene Unternehmerdaten von Statistiken sollen, wenn überhaupt nötig, wieder verwendet und nicht im selben Zeitraum bei den Unternehmern mehrfach abgefragt werden.

**A. Amstutz: Wie könnte man nach ihren Vorstellungen den Fachkräftemangel in der Schweiz bekämpfen?**

**R. Frank:** Grundsätzlich ist das Volks-JA zur Massenzuwanderungsinitiative rasch umzusetzen. Das bedingt ein Umdenken in der Fachkräfterekrutierung. Momentan bewegt sich die Schweizer Wirtschaft auf anspruchsvollem Niveau. Es werden viele gut ausgebildete Mitarbeitende gesucht. Die Altersstruktur und die Zuwanderung in der Schweiz erfordert mehr Pflege und medizinische Versorgung. Hinzu kommt, dass die jährlich anhaltend hohe Einwanderung in die Schweiz, unsere Wirtschaft weiter ankurbelt. Das Bevölkerungswachstum erhöht aber gleichzeitig die Nachfrage nach noch mehr Fachkräften in unterschiedlichen Branchen. Um unsere Umwelt und Infrastruktur zu schonen, müssen wir bei der Einwanderung selektiver vorgehen, wie dies andere Länder, beispielsweise Australien, schon lange vorgeben. Wir müssen unsere Prioritäten auf qualitatives und nicht auf quantitatives Wirtschaftswachstum legen. Die Zusammenarbeit von Bildung und Wirtschaft muss wirkungsvoll verbessert und gestärkt werden. Die Bildung muss

über den wirtschaftlichen Bedarf Bescheid wissen und ihre Leistungen danach ausrichten. Langfristig schadet es der Schweizerischen Volkswirtschaft, wenn die Bildungsleistung nicht mehr im eigenen Land erbracht, sondern ausgelagert wird. Da muss die Politik dringend Schranken setzen.

**A. Amstutz: Sie führen bei ihren politischen Zielen die Erhaltung und Pflege der Schweizer Werte sowie die Förderung von Selbstbestimmung und Eigenverantwortung auf, welche politischen Massnahmen würden Sie dafür vorsehen?**

**R. Frank:** Schweizerinnen und Schweizer müssen sich im Klaren sein über die Kostbarkeit und den Nutzen der Schweizer Werte. Mir scheint es, dass auf Grund der vielen Annehmlichkeiten in unserem Land das Bewusstsein darüber allmählich verloren geht. Die Schweizer Werte gewähren unseren Wohlstand, unsere Sicherheit in Freiheit, den gesellschaftlichen Frieden und die Neutralität. Politikerinnen und Politiker sind auch Vorbild und müssen mit Selbstvertrauen die Anliegen des Souveräns nach innen und aussen vertreten, damit alle die Selbstbestimmung und die direkte Demokratie wertschätzen und bereit sind, den Weg weiterhin eigenverantwortlich zu gehen.

**A. Amstutz: Wie sehen Sie dies im Verhältnis zur EU?**

**R. Frank:** Sehr viele unserer Regelwerke und Systeme sind vorbildlich und müssen nach aussen mit Überzeugung, Selbstvertrauen und Klarheit kommuniziert werden. In den Verhandlungen mit der EU muss Verständnis über den Sinn und den Wert unserer direkten Demokratie geweckt werden, damit uns nicht fremde Rechte und Systeme aufgezwungen werden. Die direkte Demokratie ist selbstverständlich nicht verhandelbar. Die Politik muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

**A. Amstutz: Zu Ihrer Person: Sie üben verschiedene Funktionen aus wie beispielsweise als Lehrer an der Berufsmittelschule Luzern für Physik und Mathematik, als Präsident Luzerner Konferenz für Erwachsenenbildung LKE, der Dachorganisation von Luzerner Weiterbildungsanbieter, als Messebeirat bei der Messe Luzern AG, als Politiker und Familienvater etc. Kommen da einzelne Funktionen nicht zu kurz wie zum Beispiel Ihre Familie?**

**R. Frank:** Ich bin neugierig, an vielen Dingen interessiert und voller Ideen. Ebenso bin ich überzeugt, dass das, wofür ich mich nebst meinem Beruf einsetze, meinem Ziel Bildung und Arbeit besser zu vernetzen und Leute für stetiges Lernen zu motivieren, näher bringt, weil es für meine Region und den ganzen Kanton Luzern einen hohen Wert darstellt. Unsere Kinder werden allmählich selbstständig, was meiner Ehefrau und mir wiederum mehr Handlungsspielraum verschafft. Wir verbringen als Familie unsere Zeit beim gemeinsamen Essen am Tisch, an Anlässen, an Sonntagen und gehen auch meistens zusammen in die Ferien. Ansonsten sind alle Familienmitglieder mit ihren Projekten beschäftigt und stimmen sich inhaltlich wie zeitlich mit den Bedürfnissen der Familie ab. Wir haben alle ein betriebsames Leben und erfreuen uns gegenseitig an unseren Aktivitäten.

**A. Amstutz: Ich danke ihnen für das Interview und wünsche ihnen alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer Kandidatur zum Kantonsrat.**

**Reto Frank Rogger**  
Rüeggiswilrain 9, 6045 Meggen  
078 804 07 07  
info@svpmeggen.ch  
www.svpmeggen.ch

#### Beruf

Dipl. Berufsfachschullehrer EHB an der Berufsmaturität für Physik und Mathematik

#### Arbeitgeber

Berufsbildungszentrum Bau und Gewerbe BBZB, Berufsmittelschule BMS

#### Nebenämter:

- Präsident Luzerner Konferenz für Erwachsenenbildung LKE, Dachorganisation von Luzerner Weiterbildungsinstitutionen
- Messebeirat Zebi, Messe AG Luzern

#### Ausbildungen

- dipl. Berufsfachschullehrer EHB
- dipl. Elektro- und Wirtschaftsingenieur FH/STV
- dipl. Informatiker NDS
- dipl. Quality-Manager EOQ

#### Hobbies

Musizieren; Gitarre, Mundharmonika, Singen; Velofahren; Spaziergänge mit meiner Familie

**Geboren:** 19.02.1960, Zürich  
**Heimatort:** Meggen  
**Verheiratet mit:** Susu Rogger Frank  
**Kinder:** Loya (17), Neil (16), Noah (14)

#### Politische Tätigkeiten

Präsident SVP Meggen und Mitglied der Bildungskommissionen der SVP Kanton Luzern und der SVP Schweiz

#### Politische Schwerpunkte und Ziele

- Senkung der Regulierungs- und Bürokratiekosten. Mehr Arbeitsplätze im Kanton Luzern.
- Hohe Qualität in der Berufs- und Weiterbildung. Stetige Aus- und Weiterbildung. Duales Bildungssystem internationalen Unternehmen bekannter machen.
- Schweizer Werte bewahren.
- **Föderalismus bewahrt Souveränität**
- **Bildung sichert Unabhängigkeit**
- **Gewerbefreiheit schafft Arbeitsplätze**



## Kolumne

# Alles was Recht ist.....

Niemand wagt zu bezweifeln, dass Deutschland in der EU den Ton angibt, auch nicht die hohen Herren des europäischen Gerichtshofes in Luxemburg. Dies belegt ein wegweisender Entscheid gemäss Bericht in der SRF Tagesschau vom 11.11.2014, dass der Wohlfahrt und Gleichstellung von Migranten gegenüber deutschen Landesbürgern durchwegs Grenzen gesetzt werden dürfen. Das germanische EU-Vorzeigemitglied wehrt sich gegen Sozialmissbrauch, welcher durch Migration auf Grund der Personenfreizügigkeit an der deutschen Volkswirtschaft nagt. Die als unantastbar proklamierte Personenfreizügigkeit und Gleichstellung aller, – höchstes europäisches Gut, – verliert an Glanz und beginnt an den europäischen Volkswirtschaften eine unübersehbare Patina anzusetzen.

Es gibt keinen nachvollziehbaren und sachlichen Grund, warum die Schweiz sich ihr Verhalten im Falle der nach Italien zurückgewiesenen achtköpfigen Flüchtlingsfamilie vom Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) diktieren und den schweizerischen Bundesgerichtsentscheid rügen lassen muss. Derweil die fremden Kadis die Grundlagen des Dubliner Übereinkommens, dass sich Flüchtlinge im Ersteinreiseland aufhalten müssen, durch ihr Urteil selbst aushebeln. Diese juristische Einmischung seitens des EGMR stimmt nachdenklich. Die Einhaltung und Würdigung der Menschenrechte hat in der Schweiz eine sehr lange Tradition und bedarf keiner fremden richterlichen Kontrollinstanzen. Die schweizerische Gerichtsbarkeit, seit Generationen gewachsen auf demokratischen Gepflogenheiten unserer Kultur und Gesellschaft, ist massgebend. Es darf nicht sein, dass unsere Urteile durch fremdes Recht sanktioniert werden. Insbesondere dann nicht, wenn es sich um eine landesinterne Angelegenheit handelt. Das schweizerische Bundesgericht ist unsere abschliessende richterliche Souveränität. Alles was Recht ist, juristische Fremdbestimmung ist grundsätzlich abzulehnen. (MAB)